

PROGRAMM ZUR  
KOMMUNALWAHL 2014

MEINE

HEIMAT  
IST FREIRAUM

FDP  
Bayern

# Schwerpunkte und Leitlinien liberaler Kommunalpolitik

Programm der FDP Bayern für die Kommunalwahl 2014

I. Präambel .....	3
II. Die liberale Bürgergesellschaft vor Ort .....	4
Individueller Mensch in einer starken Gemeinschaft .....	4
Die Kommune – der Ort für bürgerschaftliches Engagement .....	4
Liberale fördern Mitwirkungsmöglichkeiten.....	4
Transparenz muss selbstverständlich sein.....	5
III. Sozial- und Gesundheitspolitik .....	5
Soziale Verantwortung .....	5
Kinder- und Familienfreundlichkeit stärken.....	6
Integration .....	7
Zukunftsorientierte, praxisgerechte Gesundheitspolitik .....	7
Pflege – Selbständigkeit erhalten .....	8
Menschen mit Behinderung-Teilhabe ermöglichen .....	8
IV. Umweltbewusst leben und arbeiten .....	8
Nachverdichten statt Zersiedeln .....	9
Energieversorgung sichern.....	9
FDP modernisiert Kreislaufwirtschaft .....	9
Alpen schützen.....	10
V. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft .....	10
Modernisierung und Effizienzsteigerung unserer Verwaltung.....	10
Konzentration auf die Pflichtaufgaben .....	11
Wirtschaftsförderung .....	11
VI. Förderung des ländlichen Raums .....	13
Ländlicher Raum .....	13
Tourismus.....	13
Breitbandversorgung für alle .....	14
VII. Verbraucherschutz und Ernährung .....	14
VIII. Vorrang für Mobilität.....	15
Gleichwertige Entwicklung von ÖPNV und Individualverkehr .....	15
Intelligente Technik .....	15
Lärm zurückdrängen.....	15
ÖPNV fördern – Mobilität sichern .....	15
IX. Schule und Weiterbildung .....	16
Finanzielle Ausstattung und Wettbewerb .....	16
Eigenverantwortliche Schule .....	16
Frühkindliche Bildung .....	17
Ganztageschulen.....	17
Inklusion .....	17
Mehrsprachigkeit fördern.....	18
X. Öffentliche Sicherheit – Grundlagen für Lebensqualität in den Städten .....	18
Vorrang für Prävention .....	18
Präsenz statt Wegsehen .....	19
Zivil- und Katastrophenschutz ausbauen.....	19
XI. Kultur leben.....	19
Kultur lebt von Vielfalt und vom Mitmachen.....	19
Jugend und Kultur .....	20
Kultur- und Kreativwirtschaft.....	20
XII. Solide Finanzen: das umfassende Reformkonzept der FDP.....	21
Schluss mit der Schuldenpolitik.....	21

Neue kommunale Finanzverfassung als „Zwei-Säulen“-Modell.....	22
Wer bestellt, muss auch bezahlen.....	23
Sparsamkeit als Kommunalpolitikerpflicht .....	23
Keine Bagatellsteuern .....	23

# I. Präambel

“Das Wichtigste im Staat sind die Gemeinden, und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger“ – dieses Zitat von Theodor Heuss, dem Gründungsvorsitzenden der FDP und ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, ist die Leitlinie unserer Kommunalpolitik. Wir denken Politik vom Bürger her.

Wir wollen unter anderem:

- **Bürgernähe und Transparenz.** Dazu gehören beispielsweise kommunale Informationsfreiheitssatzungen und die Übertragung von Kreistags-, Stadt- und Gemeinderatssitzungen per Livestream im Internet.
- **Solide kommunale Finanzen.** Die Gemeinden sollen sparsam mit dem Geld der Bürger umgehen. Werden ihnen von höheren staatlichen Ebenen Aufgaben übertragen, beispielsweise in der Bildung, ist dafür Sorge zu tragen, dass sie diese auch finanziell wahrnehmen können (Konnexitätsprinzip). Durch eine Reform der kommunalen Finanzverfassung wollen wir den Gemeinden mehr Planungssicherheit geben und sie unabhängiger von konjunkturellen Schwankungen machen.
- **Starke Wirtschaft und Arbeit vor Ort.** Schaffung und Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist die wichtigste Aufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung. Dabei setzen wir vor allem auf einen starken Mittelstand.
- **Lebensqualität für Jung und Alt.** Die FDP setzt sich ein für qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, für wohnortnahe Pflegeangebote und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum.
- **Die Beste Bildung für unsere Kinder.** Nach dem Motto „Kurze Wege für kurze Beine“ möchten wir wohnortnahe Schulen erhalten und den Kitausbau sowie die Ausbildung der Mitarbeiter weiter nachhaltig vorantreiben.
- **Zeitgemäße Infrastruktur.** Dies umfasst unter anderem sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung, gute medizinische Grundversorgung, eine Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand, einen effizienten öffentlichen Personennahverkehr und schnelles Internet durch Breitbandnetze.
- **Kulturelle Vielfalt.** Brauchtum, Jugendkultur, Kleinkunst, Vereinsleben, Kreativwirtschaft, Galerien, Museen, Straßenfeste... Kultur ist vielfältig und soll in all ihren Facetten gepflegt werden.

Wir machen den Wählerinnen und Wählern bei den Kommunalwahlen am 16. März 2014 ein Angebot: Gemeinsam mit ihnen möchten wir das Lebensumfeld vor Ort gestalten und die Rahmenbedingungen für eine lebenswerte Bürgergesellschaft setzen, in der sich jeder frei entfalten kann.



## II. Die liberale Bürgergesellschaft vor Ort

### Individueller Mensch in einer starken Gemeinschaft

Einwohner einer Gemeinde sind nicht nur Steuerzahler und Kunden der Gemeinde. Die Bürger sind die Gemeinde. Liberale wollen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, dass im staatlichen Aufbau so viele Entscheidungen wie möglich durch die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde vor Ort getroffen werden.

#### Subsidiaritätsprinzip

Die untere Einheit soll Angelegenheiten, die sie selbst regeln kann, auch tatsächlich erledigen dürfen, anstatt sie an eine übergeordnete Einheit abzutreten.

Dabei soll die übergeordnete Einheit unterstützend wirken.

An erster Stelle steht der einzelne Bürger, seine Familie, die Nachbarschaft, dann die Gemeinschaft der Bürger eines Ortsteils und sodann die organisierte Gemeinde mit dem Gemeinderat, darüber der Landkreis und so weiter.

### Die Kommune – der Ort für bürgerschaftliches Engagement

Für die FDP ist das Engagement der Bürger das tragende Element eines freiheitlichen und demokratischen Staates und einer mitmenschlichen Gesellschaft. Diesem Engagement soll in allen Lebensbereichen mehr Geltung verschafft werden.

Nirgendwo wird dies so deutlich wie in der Kommunalpolitik. Hier sind die Möglichkeiten des Einzelnen, seinen unmittelbaren Lebensraum, seine Lebensbedingungen und seine Lebensqualität selbst mitzugestalten, am ehesten und deutlichsten zu erkennen. Nirgendwo sonst ist für den Einzelnen die Betroffenheit so unmittelbar, der Einfluss so groß und das Ergebnis politischen Engagements so gut sichtbar.

Die Gemeinde ist der Ort für bürgerschaftliches Engagement im Sinne der liberalen Gesellschaft.

### Liberale fördern Mitwirkungsmöglichkeiten

Unser Ziel ist mehr Bürgerbeteiligung in den Kommunen. Die Bürger müssen in besonderem Maße in der Lage sein, die Lebensbedingungen vor Ort mitzugestalten. Wir wollen insbesondere eine bessere Beteiligung der Bürger bei Großprojekten. Probleme sollen bereits im Raumordnungsverfahren erkennbar werden und so früher behoben werden können. Bürger und Interessengruppen sind bereits in dieser Phase durch die Behörden einzubinden. Im anschließenden Planfeststellungsverfahren muss die Auslegung von Plänen, die Möglichkeit der Einreichung von Einwendungen und die Aufforderung zur Teilnahme an Erörterungen in geeigneter Weise öffentlich gemacht werden (z.B. durch Hinweise in der lokalen Presse und über entsprechende Internetplattformen), in Anlehnung an die Vorgehensweise des Bayerischen Verkehrsministeriums bei den Projekten des Bundesverkehrswegeplans

Liberale begrüßen und fördern die Beteiligung von Einzelnen und Bürgergruppen an der Formulierung und Umsetzung kommunalpolitischer Ziele und Aufgaben.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid als Elemente direkter Demokratie sind, seit ihrer Einführung in Bayern, auf große Resonanz gestoßen. Dies zeigt, dass die Bürger an kommunalen Themen interessiert sind und über die Kommunalwahl hinaus bei Entscheidungen von Sachfragen mitbestimmen wollen und können. Durch Bürgerbegehren werden Gemeinde- und Stadtratsentscheidungen nicht nur breit öffentlich diskutiert, sondern durch erfolgreiche Bürgerentscheide im Ergebnis auch korrigiert.

Damit zwingt dieses Instrument, selbst bei klaren Mehrheitsverhältnissen, alle Beteiligten auf die Ansichten und Wünsche der Bürger einzugehen. Es ist gleichzeitig eine Möglichkeit, mehr Bürger aktiv in die politische Arbeit in den Gemeinden einzubinden.

## **Kommunalwahlrecht**

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundpfeiler unserer Verfassung. Zur Stärkung unseres Gemeinwesens hat die FDP hier für mehr Demokratie gesorgt und das Kommunalwahlrecht verbessert.

Bürger können nun am Haupt- oder Nebenwohnsitz für Stadt- und Gemeinderat kandidieren. Zudem ist die Mindestaufenthaltsdauer im Wahlkreis für die Stimmabgabe bei Kommunalwahlen (aktives Wahlrecht) von drei auf zwei Monate verkürzt und die Wartezeit für eine kommunale Kandidatur (passives Wahlrecht) von sechs auf drei Monate. Die Altersgrenze für die Wählbarkeit von ersten Bürgermeistern und Landräten sinkt von 21 auf 18 Jahre und das Höchstalter steigt ab 2020 von 65 auf 67 Jahre.

Darüber hinaus ist unter anderem die Briefwahl generell erlaubt, ohne dass wie bisher ein besonderer Grund nachgewiesen werden muss. Durch diese Maßnahmen können sich mehr Menschen vor Ort politisch engagieren; die Hürden für die Teilhabe an der kommunalen Demokratie sind gesunken.

## **Transparenz muss selbstverständlich sein**

Für liberale Kommunalpolitik ist Transparenz wesentlich. Dazu gehören die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen auch in kleineren Kommunen, sowie die Einrichtung von Bürgersprechstunden. Ein Rede- und Anhörungsrecht für Bürger in den Kommunalparlamenten ist für uns selbstverständlich. Gemeindliche Vorschriften, Pläne, Sitzungsunterlagen und Protokolle sollen frei zugänglich sei, möglichst über Internet. Sitzungen von Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten sollten per Livestream im Internet übertragen werden.

Kommunen sind regelmäßig an Planungsverbänden und Zweckverbänden sowie zunehmend an Kapitalgesellschaften beteiligt, in denen für die Bürger weitreichende Entscheidungen gefällt werden. Die FDP setzt sich daher für regelmäßige Informationen der Bürger ein und fordert öffentliche Diskussionen in den Gemeinde- und Stadträten sowie Kreistagen vor und nach Gremiensitzungen dieser Verbände und Gesellschaften.

Wir fordern die Unvereinbarkeit von öffentlichem Mandat und Beschäftigungsverhältnissen in kommunalen Gesellschaften.

Wir wollen alle Kommunen ermutigen, kommunale Informationsfreiheitsgesetze zu erlassen. Unter Informationsfreiheit versteht man die Bestrebung, die Anzahl der verfügbaren öffentlichen Quellen zu erhöhen. Dazu werden Ämter und Behörden verpflichtet, Akten und Vorgänge zu veröffentlichen und für Bürger zugänglich zu machen, um die Transparenz und damit die Akzeptanz öffentlichen Handelns zu erhöhen, wenn nicht ausnahmsweise die Vertraulichkeit zum Schutz von Dritten gewahrt bleiben muss. Auch gerade auf kommunaler Ebene ist diese Offenheit gegenüber den Bürgern erforderlich.

## **III. Sozial- und Gesundheitspolitik**

### **Soziale Verantwortung**

Die Kommunen müssen durch eine engagierte Sozialpolitik ~~den ihnen anvertrauten~~ Menschen ein würdevolles Leben und eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Dies erfordert eine Konzentration auf das Wesentliche, um gerade dort helfen zu können, wo die Betroffenen dazu selbst nicht in der Lage sind.

Dazu gehört auch die Überprüfung der Zielgenauigkeit aller Sozialleistungen. Wo möglich sollten Sozialleistungen grundsätzlich einen Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung im Ersten Arbeitsmarkt bieten.

Bei der Erfüllung sozialer Aufgaben ist privatem Engagement möglichst der Vorzug vor öffentlicher Trägerschaft zu geben. Liberale setzen sich für gut vernetzte Angebote pluraler Träger ein. Deshalb unterstützen sie besonders Nachbarschaftshilfen, Betreuungsvereine, soziale Netze, Eigeninitiativen, Selbsthilfegruppen und ähnliche Initiativen.

Durch den demographischen Wandel wird die Anzahl hilfebedürftiger älterer Mitbürger erheblich ansteigen. Nur durch ein Zusammenwirken professioneller Dienste mit einer zunehmenden Anzahl ehrenamtlicher Helfer in der Gemeinde wird diese soziale Aufgabe in der Zukunft lösbar sein. Außerdem sollen von den Städten und Gemeinden qualifizierte Arbeitslose an zusätzliche Betreuungsaufgaben verstärkt beteiligt werden.

Wir wollen einen „Kommunalplan für Behinderten- und Altenhilfe“, der im Zusammenwirken mit allen sozialen Institutionen und Initiativen eine Bestandsaufnahme vornimmt und Handlungsanleitungen für die Kommunen entwickelt.

#### **Germeringer Insel**

Die Sozialpolitik in Germering, Oberbayern, ist seit Jahrzehnten durch eine enge Zusammenarbeit aller im Sozialbereich tätigen Personen und Institutionen gekennzeichnet. Die organisierte Nachbarschaftshilfe wurde in Germering „erfunden“. Wir Liberale sind stolz darauf, dass unsere langjährige Gemeinderätin Ingrid Stich daran mitgewirkt hat.

Ausdruck dieser guten und intensiven Zusammenarbeit ist die Germeringer Insel, ein Zusammenschluss der in Germering auf sozialem Gebiet tätigen Vereine, Institutionen und Organisationen. Zur Nachahmung empfohlen.

[www.germeringerinsel.de](http://www.germeringerinsel.de)

Die FDP fordert den Erlass einer Rechtsverordnung damit Kommunen den Betrieb von Drogenkonsumräumen für langjährige Schwerstabhängige genehmigen können.

### **Kinder- und Familienfreundlichkeit stärken**

Die Zukunftsfähigkeit vieler Gemeinden hängt davon ab, ob junge Menschen und Familien vor Ort Perspektiven für ihre Lebensplanung finden.

Ziel muss es sein, Familien bei der Erfüllung ihrer familienbezogenen Aufgaben zu stärken. In den Kommunen müssen die auf Bundes- und Landesebene geforderten und geförderten Rahmenbedingungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft in die Praxis umgesetzt werden. Dabei setzt die FDP neben staatlichen Leistungen auf eine Vielzahl individueller, insbesondere privater, Angebote, die ein Höchstmaß an Wahlfreiheit für die Familien gewährleisten.

Die FDP setzt sich deshalb ein für:

- die Errichtung einer kommunalen Projektgruppe „Familienfreundlichkeit“, um ein Handlungskonzept zu entwickeln und den Umsetzungsprozess zu steuern
- bedarfsdeckende und qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder jeder Altersstufe (Tagesmütter, Kinderkrippen, Kindergärten und Horte) mit morgens und abends erweiterbaren Öffnungszeiten
- die Öffnung von Horten auch während der Schulferien und schulfreien Tagen
- ein Nebeneinander von privaten und freien Anbietern in der Kinder- und Jugendhilfe für bessere Wahlmöglichkeiten
- eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, beispielsweise durch Teilzeitarbeit, Job-Sharing-Modelle oder Home-Office. Öffentliche Arbeitgeber sollen mit gutem Beispiel vorangehen, vorbildliche Betriebe der freien Wirtschaft durch die Verleihung von Preisen geehrt werden.
- die Aufrechterhaltung und den bedarfsgerechten Ausbau der Erziehungs-, Familien- und Schwangerenberatung
- die Einbeziehung von Familien mit Kindern bzw. von Senioren bei der Planung von größeren Projekten im Sinne einer Familienfreundlichkeitsprüfung
- die Schaffung und den Ausbau von Jugendzentren mit pädagogischem Konzept.eine familiengerechte Bau- und Wohnungsplanung mit kostengünstiger Vergabe von Bauland und Wohnungen an Familien und Alleinerziehende
- Barrierefreiheit auf allen Ebenen
- die Umsetzung von Modellen generationenübergreifenden Zusammenwohnens
- ein kommunales Wohngeld als Ersatz für die bisherige Objektförderung
- „Einheimischen“-Modelle, insbesondere in Erbpacht
- den Ausbau der Kontakt- und Hilfenetze der Generationen
- den Einsatz und Ausbau sozialer Frühwarnsysteme, damit kein Kind und kein älterer Mensch vernachlässigt wird oder verwahrlost
- die Erstellung eines Kinderstadtplans mit Wegenetzen für Kinder und generell den Ausbau der Radwegenetze

- verstärkte Zusammenarbeit von Kommune, Schulen, Vereinen, Kirche und freier Jugendarbeit, um die Ganztagschulen mit Leben zu erfüllen und um auch an Nachmittagen und in den Ferien mehr offene Angebote und Treffpunkte anzubieten
- eine Spielecke im Rathaus
- Wegweiser zu Angeboten sowie die Einführung eines Familienpasses für Vergünstigungen in gemeindlichen Einrichtungen
- die Einrichtung von Kinderkommissionen, Jugendbeiräten und Jugendparlamenten

## Integration

In Bayern hat rund jeder fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund. Menschen unterschiedlicher Herkunft sind eine Bereicherung und ein fester Bestandteil unserer Bürgergesellschaft. Unser Ziel ist es, ein gutes Zusammenleben aller bei uns lebenden Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Dabei dürfen Defizite nicht verschwiegen, sondern müssen offen angegangen werden. Alle hier lebenden Menschen sollen möglichst gute Bildungs-, Berufs- Teilhabe- und Lebenschancen erhalten. Die wichtigste Integrationsebene ist die Kommune, denn hier leben, wohnen und arbeiten die Menschen.

Die FDP will

- das kommunale Wahlrecht für Ausländer, die mindestens fünf Jahre rechtmäßig in Deutschland leben. Entscheidungen, die auf kommunaler Ebene getroffen werden und das Lebensumfeld unmittelbar gestalten, betreffen alle Einwohner einer Gemeinde unabhängig von deren Staatsbürgerschaft.
- Migrantenorganisationen stärker in die aktuellen integrationspolitischen Fragen sowie in öffentliche Planungsprozesse einbeziehen und in die Verantwortung nehmen.
- Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund durch ein Webportal der Kommune bündeln und damit transparent machen
- frühestmögliche sprachliche Förderung für Kinder aus Migrantenfamilien. Besondere Bedeutung für den Spracherwerb hat der Besuch eines Kindergartens in dem Kinder aus Migrantenfamilien mit deutschen Kindern in Kontakt kommen und kommunizieren.
- Eine verpflichtende Teilnahme von Kindern an Klassenfahrten und Sportunterricht
- Sportvereine weiter fördern, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration Jugendlicher.
- allen Religionsgemeinschaften die Errichtung von Gebetshäusern ermöglichen
- bei Neueinstellungen in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst auf eine angemessene Berücksichtigung von Bewerbern mit Migrationshintergrund achten.
- Die Residenzpflicht für Asylsuchende abschaffen. In Deutschland muss es für Flüchtlinge eine Willkommenskultur geben. Die derzeitige Haltung anderer politischer Organisationen und Parteien, die Asylbewerber die Rückkehr in ihr Heimatland durch Schikane beibringen will, lehnt die FDP kategorisch ab.
- eine menschenwürdige Unterbringung asylsuchender Menschen sicherstellen Wenn die Kommunen vom Staat mit der Unterbringung von Flüchtlingen beauftragt werden, muss der Staat für die notwendigen Mittel sorgen.
- die Situation und Möglichkeit zur Integration substantiell verbessern. Den Asylbewerbern muss ein ausreichendes Angebot an Sprach- und Bildungskursen zur Verfügung stehen, das sie freiwillig besuchen können. Nur durch ein gutes Sprachverständnis wird eine Integration erst möglich. Zudem ist Asylbewerbern die Arbeitserlaubnis sechs Monate nach Antragsstellung zu erteilen. Die sogenannte Vorrangigkeitsprüfung ist abzuschaffen. Wen ein Arbeitgeber einstellen will, ist ihm zu überlassen
- die Essenspakete und –marken für Asylbewerber abschaffen und die Mittel direkt auszahlen. Es muss jedem Menschen freigestellt sein, zu essen was ihm beliebt. Zudem müssen Alterstests mittels radiologischer Untersuchungen abgeschafft werden. Im Zweifel muss sich pro Minderjährigkeit entscheiden werden.

## Zukunftsorientierte, praxisgerechte Gesundheitspolitik

- Wir fordern eine wohnortnahe, menschliche medizinische Versorgung der Patienten durch Haus- und Fachärzte, Zahnärzte, Apotheker, Pflegepersonal und andere Heilberufe. Unser Gesundheitswesen braucht Wettbewerb und Selbstverantwortung statt Überregulierung und staatliche Eingriffe.  
Die Liberalen fordern:



- die Gleichberechtigung zwischen öffentlichen, kirchlichen und privaten Trägern von Krankenhäusern im Sinne der Trägerpluralität.
- dort, wo die bisherige Entwicklung zu kostenträchtigen Fehlsteuerungen und Qualitätsmängeln geführt hat, sollen die kommunalen Krankenhäuser in private Rechtsformen überführt werden, damit deren Existenz durch größere Wirtschaftlichkeit und flexiblere Führungsstrukturen gesichert werden kann. Die steuerlichen Nachteile müssen ausgeglichen werden.

## **Pflege – Selbständigkeit erhalten**

Aufgrund des demographischen Wandels werden in den nächsten Jahren immer mehr Menschen immer älter werden. Dadurch bedingt wird die Anzahl der Pflegebedürftigen ansteigen. Wir Liberalen wollen, dass unsere Mitbürger auch im Pflegefall gut versorgt sind. Daher setzen wir uns für den Ausbau vielfältiger Wohn- und Betreuungsformen (Tagespflege, Kurzzeitpflege, Betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften, Pflegeheime) ein, damit jeder Pflegebedürftige die Wahl hat, wie er im Pflegefall versorgt werden soll. Zusätzlich wollen wir die pflegenden Angehörigen durch den Ausbau bzw. die Weiterführung der Fachstellen für pflegende Angehörige unterstützen. Zur Sicherung der Qualität in der Pflege begrüßen wir eine(?) Kontrolle durch einen unabhängigen medizinischen Dienst.

Für die FDP haben Rehabilitation und ambulante Pflege zu Hause Vorrang vor einer Heimunterbringung.

## **Menschen mit Behinderung-Teilhabe ermöglichen**

Wir Liberalen setzen uns für den Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum ein, um Menschen mit Behinderung eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. So sollen sukzessive alle öffentlichen Einrichtungen, insbesondere der Kultur und der Bildung, aber auch Geschäfte, Behörden oder Krankenhäuser barrierefrei erreichbar und nutzbar werden. Um die wohnortnahe medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen, müssen die Kommunen je nach Bedingungen vor Ort entsprechende Maßnahmen fördern. Wir wollen auch die Dienste der offenen Behindertenarbeit bestmöglich fördern. Zur besseren Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt wollen wir regionale Dialogforen mit der Wirtschaft gründen. Für eine bessere Versorgung älterer Menschen mit Behinderung wollen wir die Behindertenhilfe mit der Altenhilfe besser vor Ort vernetzen.

## **IV. Umweltbewusst leben und arbeiten**

In Zeiten zunehmender Belastung durch Lärm, Abgase und Stress kommt dem innerörtlichen Lebensraum eine wachsende Bedeutung zu. Liberale treten deshalb für überschaubare Orts- und Stadtteile ein, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger identifizieren können.

Wir wollen eine gesicherte Trinkwasserversorgung auf dem höchstmöglichen Qualitätsniveau in kommunaler Verantwortung. Eine europäische Regulierung der Trinkwasserversorgung lehnen wir ab.

### **Warum sind Liberale gegen eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung?**

Private Strukturen können durch Wettbewerb bessere Leistungen zu geringeren Kosten entwickeln. Wettbewerb ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen.

Bei der Wasserversorgung ist Wettbewerb nur mit großem Aufwand herzustellen. Je Wettbewerber müssten entsprechende Wasserleitungen bis zum einzelnen Gebäude gelegt werden. Das macht keinen Sinn. Eine Privatisierung ohne Wettbewerb schafft aber nur ein privates Monopol, also das Gegenteil von Wettbewerb. Das Ergebnis wäre eine Gewinnmaximierung zu Lasten der Qualität. Folglich ziehen Liberale ein kommunales Monopol vor.

Die FDP hat sich deshalb entschieden und erfolgreich dafür eingesetzt, die Wasserversorgung von der EU-Konzessionsrichtlinie auszunehmen. Damit bleibt die Wasserversorgung eine kommunale Pflichtaufgabe. Selbstverständlich unterstützt die FDP, dass die Kommunen viele der erforderlichen Arbeiten, vom Kanalbau bis zur Wasserqualitätsprüfung, an private Unternehmen vergeben.

Die Gemeinde- und Landkreisverwaltungen müssen sich der gestiegenen ökologischen Sensibilität der Bürger stellen. Deshalb sollen sie moderne Management-Systeme für Umwelt und Qualität einführen.

## Nachverdichten statt Zersiedeln

Bei der Erstellung von Bebauungs- und Grünordnungsplänen wollen wir die Möglichkeiten für moderne, energiesparende Bauweisen erleichtern. Der Nachverdichtung innerhalb geschlossener Ortsteile ist der Vorrang vor einer weiteren Zersiedelung im Außenbereich zu geben.

### Was ist eine grüne Gemeinde?

Viele sogenannte Gartenstädte und grüne Gemeinden verstanden und verstehen grün als ein möglichst großes Rasengrundstück mit einem möglichst kleinen Bungalow darauf. Ist ein hoher Flächenverbrauch wirklich ein Zeichen von „grün“? Oder ist eine hohe Verdichtung ökologischer? Wer schafft dann die Parkplätze und Kindergärten?

Darauf kann es keine allgemeingültige Antwort geben. Es ist aber notwendig, dass sich die Kommunen auch bei bestehenden Bebauungsplänen fragen, ob sie nicht Anpassungen vornehmen sollten. Dies kann z.B. durch die Änderung der Geschossflächenzahl erfolgen.

Die Feinstaubbelastung ist mancherorts ein zunehmendes Problem. Ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Rußpartikelfilter bei kommunalen Fahrzeugen und weniger Durchgangsverkehr in den Ortskernen sind nur drei Beispiele, wie dem Problem begegnet werden kann. Einzelne Straßensperrungen verlagern das Problem meist nur. Solche Placebopolitik lehnen wir ab. Wir setzen uns daher für integrierte Antworten ein, die auch über die Gemeindegrenzen hinausgehen. Wir fordern die Abschaffung der Feinstaubplaketten.

## Energieversorgung sichern

Ziel der FDP ist Versorgungssicherheit unter Einbeziehung heimischer Ressourcen, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Der Anteil regenerativer Energieträger soll bei kommunalen Energieversorgungsunternehmen in den nächsten Jahren deutlich erhöht werden. Die Herausforderung der nächsten Jahre sind ganz besonders die Speicherung von Energie und die effiziente Verteilung über die Netze.

Alternative Energien sollen nur für einen begrenzten Zeitraum im Sinne der Anschubfinanzierung bis zur Marktreife gefördert werden. Die EEG-Umlage ist heute ein enormer Kostentreiber und muss grundlegend verändert werden. Dort wo sich Energiearten auch ohne Förderung weiterentwickeln können, muss diese Förderung schnellstens eingestellt werden. Das gilt heute schon für Photovoltaik und weite Teile von Wind – an Land. Wenn in einigen Energiearten Anschub weiter notwendig ist, soll diese als Industrie-Förderung nach dem eingangs genannten Grundsatz erfolgen. Grundsätzlich sollen neue zu begünstigende Investitionen in Erneuerbare Energien nur in solchen Regionen angesiedelt werden, wo auch genügend Nachfrage gegeben ist. Hinsichtlich dieser Energiearten muss dann der Netzzugang diskriminierungsfrei gestaltet werden. Weiterhin gilt, dass in der Energiewirtschaft noch vorhandene wettbewerbsfeindliche Monopolstrukturen aufgelöst werden müssen.. Dafür bleibt Zeile 47-48

Wenn Kommunen eigene Energieversorgung und eigenen Netzbetrieb betreiben wollen, müssen sie streng auf Wirtschaftlichkeit, Konkurrenzfähigkeit und eine ordentliche stringente Verwaltung hinsichtlich Kostentransparenz und Kongruenz in den Verträgen bezüglich Produktion/Beschaffung und Lieferverpflichtungen achten. Effizientes Controlling ist hierfür unabdingbare Voraussetzung. Werden diese Grundsätze nicht eingehalten, besteht die Gefahr von Verlusten, für die dann die Kommune, also alle Bürger aufkommen müssen.

Liberaler setzen sich in den Kommunen dafür ein, die großen Energieeinspar- und Klimaschutzpotentiale bei der Verbesserung der Energieeffizienz öffentlicher Gebäude und der Modernisierung des öffentlichen Fuhrparks auszuschöpfen.

## FDP modernisiert Kreislaufwirtschaft

2012 wurde von der Bundesregierung das Kreislaufwirtschaftsgesetz verabschiedet. Kern des Gesetzes ist die fünfstufige Abfallhierarchie:

Abfallvermeidung ► Wiederverwendung ► Recycling ► Energieerzeugung ► Beseitigung  
Vorrang hat jeweils die oberste Stufe. Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz erhöht sich der Druck auf die Kommunen, ihre Systeme weiter zu optimieren.

Für Kunststoffe und Metalle soll flächendeckend eine Wertstofftonne angeboten werden. Sie löst die gelbe Tonne bzw. gelben Sack ab. Der Wertstoffhof bleibt für alle anderen Abfallarten eine wichtige Anlaufstelle.

## **Alpen schützen**

Die Alpen sind ein einzigartiger Lebensraum in Bayern und Deutschland, der der bayerischen FDP besonders am Herzen liegt. 42 Prozent des bayerischen Alpenraums sind als Zone C und damit als Schutzzone im Alpenplan ausgewiesen. Diese müssen erhalten bleiben.

Grundsätzlich geht die Modernisierung bestehender touristischer Einrichtungen dem Neubau vor.

Die Alpenkonvention ist vom Freistaat Bayern konsequent umzusetzen. Insbesondere die Kooperation mit den anderen Alpenanrainern birgt noch Verbesserungspotentiale, so zum Beispiel die Abstimmung mit Österreich bei der Fortschreibung der Raumordnungspläne. Länderübergreifende Best-Practice-Beispiele sind fortzuentwickeln.

Die Regionalförderung soll gestärkt werden, dabei sind Gesamtsysteme nachhaltigen Wirtschaftens in den Alpen zu installieren, die insbesondere Naturschutz, Tourismus und Berglandwirtschaft zusammenbringen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass in Bayern Bergsteigerdörfer nach dem Erfolgsmodell des Österreichischen Alpenvereins eingeführt werden. Durch die Stärkung der regionalen Wirtschaft im Einklang mit der Natur und einer Förderung regionaler Produkte wird die gesamte Wertschöpfungskette im Alpenraum unterstützt.

## **V. Arbeitsplatzsicherung durch Marktwirtschaft**

### **Modernisierung und Effizienzsteigerung unserer Verwaltung**

Liberaler Reformpolitik wird an Ergebnissen gemessen. Liberale stehen dafür, dass durch eine konsequente Verwaltungsreform, durch neue Steuerungsmodelle, durch Budgetierung, dezentrale Ressourcenverwaltung, ein professionelles Controlling und eine moderne Kostenrechnung, ein an der Doppik orientiertes kommunales Rechnungswesen, effiziente, bürgerfreundliche und effiziente Kommunalverwaltungen geschaffen werden.

Mit theoretischen Konzepten werden mitunter viel Zeit, Geld und Kapazitäten gebunden. Nicht ein formvollendetes „Steuerungsmodell“ ist das Ziel, sondern das auf Dauer geänderte Grundverständnis, an jedem Arbeitsplatz einfach Dienstleistungsqualität zu möglichst geringen Kosten zu erbringen.

Die FDP unterstützt Bestrebungen, Dienstleistungen der Ämter online anzubieten.

Wir wollen die verbindliche Verwendung offener Standards bei EDV-Systemen in öffentlichen Einrichtungen.

Staatliches und kommunales Handeln müssen vom Dienstleistungscharakter geprägt sein.

Der Haushaltsentwurf, wie auch der spätere Haushalt, sollen im Internet veröffentlicht und auf Bürgerversammlungen präsentiert werden. Vorschläge der Bürger müssen in den Ausschüssen beraten werden.

Wir fordern maßvolle Grund- und Gewerbesteuern und für die Bürger nachvollziehbare Kalkulationen der Gebühren wie Müllabfuhr, Straßenreinigung, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Bei allen kommunalen Aufgaben und Dienstleistungen ist streng auf Sparsamkeit und das Verursacherprinzip zu achten. Dadurch wird für den Bürger transparent, welche Kosten auf das Gemeinwesen oder den Nachfrager zukommen. Zudem wird sichergestellt, dass nur solche Leistungen angeboten werden, für die die Bürger bereit sind, einen entsprechenden Beitrag zu entrichten.

Kostendeckende Gebühren für kommunale Dienste sind aus liberaler Sicht richtig. Im Gegenzug müssen die kommunalen Steuern gesenkt werden, denn verursacherorientierte Gebühren ersetzen allgemeine Steuern.

## **Modernisierung der Ämter**

Durch verbesserte Organisation und vor allem einer leistungsfähigen IT können Ämter deutlich effizienter und leistungsfähiger werden. Entscheidend ist, die Fachanwendungen zu modernisieren und Abläufe durchgängig über IT-Systeme zu führen. Zu häufig wird nur der technische Unterbau betrachtet

Die FDP unterstützt Bestrebungen, die Dienstleistungen der Ämter online anzubieten. Dies gelingt aber nur dann erfolgreich, wenn die dahinterliegenden Prozesse IT-basiert sind und der Datenschutz sichergestellt wird.

Aufgrund der Vielzahl von Fachstellen in einem Rathaus wie auch Landratsamt müssen Kommunen viel stärker als bisher zusammen arbeiten und Dienste gemeinsam betreiben. Nur dann können sie auch wertvolle Skalierungsgewinne realisieren.

## **Konzentration auf die Pflichtaufgaben**

Die Kommunen sollen der Privatwirtschaft keine Konkurrenz machen. Städte und Gemeinden sollen nur dann das Recht erhalten ein wirtschaftliches Unternehmen errichten, übernehmen oder erweitern zu dürfen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut durch einen privaten Unternehmer erfüllt werden kann bzw. es überhaupt einen dringenden öffentlichen Bedarf gibt. Die Beweislast trägt die Kommune.

Umfassende wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand erhöht das Risiko von Korruption und Interessenverflechtungen. Die FDP setzt sich für Transparenz ein, sowohl innerhalb der Kommune als auch zwischen Kommune und Privaten (Unternehmen und Bürger).

Politische Rahmenbedingungen, die eine Kommune für Dienstleistungen setzen will, kann sie auch durch Auftragsvergabe zu solchen Bedingungen an private Unternehmen umsetzen. Wo sich kein privater Anbieter zu annehmbaren Konditionen findet, ist die Einbeziehung der Bürger z.B. durch Genossenschaften zu prüfen. Privatisierung muss dort konsequent vorangetrieben werden, wo Marktmechanismen vorhanden sind oder sich entwickeln können, um Wettbewerbsvorteile zu Gunsten unserer Bürger zu erreichen.

Die Kommunen sollen aber die alleinige Entscheidungsfreiheit über ihre Belange erhalten. Deshalb treten Liberale z.B. für die Möglichkeit der Privatisierung von Sparkassen durch eine Kommune ein, ohne dies grundsätzlich zu fordern.

Privatisierungskonzepte sind auch bezüglich der nicht selbst genutzten Liegenschaften der Kommunen erforderlich, die einen erheblichen Defizitbereich darstellen. Eine zielgenaue soziale Wohnungspolitik ist die Unterstützung von Personen (Subjektförderung) und nur in Ausnahmefällen das Bereithalten von Wohnraum (Objektförderung), da Sozialwohnungen häufig zu Fehlbelegungen führen. Daher kann die Privatisierung von Wohnungen ein sinnvolles Mittel zum Schuldenabbau darstellen.

## **Subjektförderung oder Objektförderung?**

Subjektförderung ist die Unterstützung einer Person. Objektförderung ist die finanzielle Beteiligung an Sachen, z.B. am Bau von Wohnungen. Gerade im Wohnungsbau kommt es durch die Objektförderung zu Fehlbelegungen. Bei Bewohnern einer geförderten Wohnung besteht immer ein Zwiespalt. Sobald die Bewohner finanziell wieder auf eigenen Füßen stehen, müssten sie die Wohnung und damit ihr Umfeld verlassen.

Bei einer Subjektförderung wird genau so viel und genau so lange gefördert, wie es die Lage der Personen erfordert. Diese Passgenauigkeit ist nur bei der Subjektförderung möglich.

## **Wirtschaftsförderung**

Ohne florierende Wirtschaft gibt es keine Arbeitsplätze. Daher ist die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds eine wichtige Aufgabe der Kommunen. Sie dient der Erhaltung und Entwicklung von Arbeitsplätzen und damit auch der sozialen Absicherung. Zudem soll ein investitionsförderndes und positives Klima für Unternehmen geschaffen werden. Ziel sollte es vor allem sein, Neugründungen und kleinere und mittlere Unternehmen zu fördern.

Dazu ist die Gründung von regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften anzustreben, die sich aus Vertretern der örtlichen Wirtschaft und der Städte, Gemeinden und Landkreise zusammensetzen. Ein anderer Weg ist die Bildung einer Arbeitsgruppe, „Regionale Wirtschaft“ des jeweiligen Kommunalparlaments, die dem kommunalen Selbstverwaltungsorgan Vorschläge unterbreiten kann. In das

Beratungsgremium können sachkundige Bürger von außerhalb der Verwaltung und des Selbstverwaltungsorgans einberufen werden, um so möglichst viel Sachverstand und wirtschaftliche Erfahrung einzubinden.

Des Weiteren können Gemeinden, Städte und Landkreise darüber hinaus auch die Institution eines „Wirtschaftsförderers“ im Zusammenwirken mit regionalen Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftskammern im Rahmen einer gemeinsamen gemischten Gesellschaft einsetzen. Durch derartige Organisationen können die Werbung um die Ansiedlung neuer Unternehmen, die Beratung über Entscheidung und Durchführung der Wirtschaftsförderung, Anregungen zur Zusammenarbeit der Unternehmen in der Region, die bessere Berücksichtigung bei Ausschreibungen, Vorschläge zur Bereitstellung von mehr Lehrstellen ggfs. auch im Rahmen von Ausbildungsplatz-Sharing und die gemeinsame Beschäftigung von Arbeitnehmern – auch im Austausch-Modus – zur Abfederung von Beschäftigungsschwankungen, neben vielen anderen Aufgaben kompetent und hochrangig erörtert, geplant und umgesetzt werden.

Ergänzend müssen die Kommunen ihre vorhandenen Betriebe leistungsorientiert und verbraucherfreundlich organisieren und zugleich deren Privatisierungsfähigkeit untersuchen. Auch die angemessene Gestaltung der Gewerbesteuer-Hebesätze ist ein Beitrag zu erfolgreicher Wirtschaftsförderung.

Oft stehen der Investitionsbereitschaft der Unternehmen komplizierte Entscheidungsstrukturen entgegen. Die wirkungsvollste Wirtschaftsförderung ist der Abbau von bürokratischen Hindernissen und unnötigen Reglementierungen etwa im Bereich der Bauverwaltung. Insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen sollten die Prüfungspflichten im Bereich des Arbeits- und Umweltschutzes möglichst reduziert werden. Die Transparenz der Entscheidungsvorgänge und die Beschleunigung aller behördlichen Entscheidungen sind für eine erfolgreiche Arbeit der Betriebe dringend erforderlich. Dabei ist die Konzentration und Koordination verschiedener Genehmigungs- und Bewilligungsverfahren bei einem einzigen Ansprechpartner (One-Stop-Agenturen) für Investoren sinnvoll.

Der einheitliche Ansprechpartner für grenzüberschreitende Tätigkeiten im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie muss auch für einheimische Dienstleister erster Ansprechpartner sein.

Nur zu oft werden öffentliche Investitionen allein wegen ihrer besonderen Förderung angestrebt; sie müssen jedoch auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen sie auch wirtschaftlich nachhaltig sinnvoll sind. Jeder Subventionswettbewerb ist Verschwendung vorhandener Ressourcen.

Um die Attraktivität des innerstädtischen Einkaufserlebnisses zu erhalten und zu steigern, sollten bedarfsgerechte Öffnungszeiten, eine gezielte ÖPNV-Anbindung und die Schaffung ausreichenden Parkraums vorangetrieben werden. Die FDP fordert daher die Ladenöffnungszeiten in Bayern zu liberalisieren. Wir wollen die Abschaffung jeglicher Ladenöffnungsverbote an Werktagen. Das heißt, die Öffnungszeiten sollen den Einzelhändlern überlassen bleiben. Zudem wollen wir die selbständige, kommunale Entscheidung über die Ladenöffnungszeiten an Sonntagen, um sich vor Ort den Lebensverhältnissen und Gewohnheiten der Menschen anzupassen. Der Sonn- und Feiertagsschutz bleibt unangetastet. Vom Sonn- und Feiertagsschutz ausgenommen sollen automatisch betriebene Anlagen ohne Personal in Gewerbegebieten sein.

#### **Bayern ist Schlusslicht bei den Öffnungszeiten**

Diese Öffnungszeiten gelten in den deutschen Bundesländern Montag bis Samstag:

0-24 Uhr: Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen (Sa 0-20)

6-22 Uhr: Rheinland-Pfalz, Sachsen

6-20 Uhr: Saarland, Bayern

Das ursprüngliche Ziel, die Ladenöffnungszeiten zu regulieren, war vor über hundert Jahren, die Arbeitnehmer vor zu langen Arbeitszeiten zu schützen. Dafür haben wir längst andere und viel ausgefeiltere Schutzgesetze. Heute steht der stationäre Handel im Wettbewerb mit dem Internet. Und Onlinehändler haben immer geöffnet. Wer seine lokalen Geschäfte unterstützen will, muss ihnen die Chance geben, freier agieren zu können. Wie weit die Geschäfte dann davon Gebrauch machen, ist natürlich ihrer eigene Entscheidung.

Libérale Wirtschaftspolitik setzt sich für eine angemessene Beteiligung mittelständischer Unternehmen aus der Region an öffentlichen Auftragsvergaben durch eine strikte Beachtung des Vorrangs der Fachlosvergaben (Aufgliederung von Vergaben in Teilbereiche) sowie den verstärkten Hinweis auf die

Möglichkeit der Bildung von Bietergemeinschaften ein. Ferner fordern wir von den Kommunen rechtzeitige Informationen der örtlichen Wirtschaft über bevorstehende Auftragsvergaben.

## **VI. Förderung des ländlichen Raums**

### **Ländlicher Raum**

Für den Flächenstaat Bayern spielt der ländliche Raum eine wichtige Rolle. Mehr als zwei Drittel der Landesfläche zählen dazu und 50% der Bevölkerung leben dort. Der ländliche Raum ist somit wichtiger Lebensraum, Wirtschaftsstandort und Erholungsraum für die gesamte Bevölkerung.

In den nächsten Jahren wird es zum einen weiter deutlichen Zuzug in wirtschaftlich attraktive Regionen geben. Zum anderen sorgt die Alterung der Bevölkerung vor allem in einigen ländlichen Regionen für sinkende Bevölkerungszahlen.

Die Kommunen müssen deshalb Maßnahmen ergreifen, mit denen sie mit dem demographischen Wandel umgehen und die Entwicklung gestalten. Unser Ziel ist es, die wohnortnahe Versorgung im ländlichen Raum zu erhalten.

Die Liberalen wollen die Entwicklung des ländlichen Raumes in seiner Gesamtheit stärken. Dabei sollen vor allem seine Ressourcen, wie die Kultur- und Naturlandschaft, als Grundlage für Land- und Forstwirtschaft, Energiegewinnung, Tourismus, Dienstleistungen sowie kleine und mittlere Gewerbetreibende genutzt werden.

Das Landesentwicklungsprogramm (LEP) muss auf die tatsächlichen Bedürfnisse vor Ort besser abgestimmt werden. Dazu bedarf es weiterer Aufklärung und Informationen der Kommunalen Selbstverwaltungsorgane durch die Staatsregierung.

Die FDP will besonders

- die Konzepte zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung weiter verbessern. Auf Bundesebene Landesebene sowie auf kommunaler Ebene sind alle Maßnahmen zu treffen, um die wesentlichen Dienstleistungen zu erhalten und gegebenenfalls auszubauen.
- die Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum. Hierzu gehört, dass die von der EU, vom Bund und vom Land finanzierten Förderprogramme nach einem koordinierten, zielorientierten Konzept eingesetzt werden. Die Vielzahl der Programme mit gleichen Förderzielen wollen wir reduzieren, um die Effizienz zu steigern und Bürokratieabbau zu ermöglichen.
- wohnortnahe Kindergärten und Grundschulen auch in kleineren Orten erhalten.
- ein ausreichendes Angebot an öffentlich nutzbaren Verkehrsmitteln im ländlichen Raum.
- attraktive Ortskerne schaffen, um die Lebensqualität zu erhöhen und den Flächenverbrauch zu reduzieren.

In Regionen mit starkem Zuzug müssen wir besonders die Infrastruktur weiter ausbauen.

### **Tourismus**

Bayern ist in der Bundesrepublik Deutschland das führende Urlaubs- und Reiseland. Seine landschaftlichen Schönheiten, seine kulturellen Reichtümer, das günstige Preis-Leistungs-Verhältnis und die traditionelle bayerische Gastfreundschaft sind Pluspunkte, die von vielen Gästen aus dem In- und Ausland geschätzt werden.

Über 560.000 Bayern sind vom Tourismus abhängig. Jeder fünfte Euro, der vom Tourismus in Deutschland erwirtschaftet wird, wird in Bayern ausgegeben.

2010 haben wir nach 16 Jahren ein neues bayerisches tourismuspolitisches Konzept vorgelegt. Im selben Jahr wurden in der Folge rund 48 Millionen in die touristische Infrastruktur investiert, 266 Projekte mit einem



Volumen von über 200 Millionen Euro bayernweit durchgeführt und über 3.000 Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen.

Die FDP will

- Naherholung fördern und das Wander- und Radwegenetz weiter ausbauen.
- „Urlaub auf dem Bauernhof“ und „Heilbäder und Kurorte“ als Tourismusmodell weiter ausbauen. Dabei soll die Entwicklung des Gesundheitstourismus weiter vorangetrieben werden.
- einen „roten Faden“ als Wegweiser zu allen Sehenswürdigkeiten.
- eine verbesserte Einbindung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten. Der Tourismus lebt von einer intakten Umwelt.
- eine verbraucherfreundliche Ausgestaltung von Sperrzeiten im Außenbereich in den Sommermonaten.
- ein intaktes und sicheres Infrastrukturnetz für die Tourismuswirtschaft schaffen und aufrechterhalten. Das betrifft im Landkreis den Ausbau des Straßennetzes durch Ortsumfahrungen und die Schaffung einer besseren ÖPNV-Anbindung für Naherholungsreisende aus den Ballungsgebieten.
- Die Barrierefreiheit im Tourismus weiter vorantreiben.
- einen Kulturwegweiser, der alle kulturellen Attraktionen der Kommune abdeckt.

## Breitbandversorgung für alle

Zu einer leistungsfähigen, den Standort erhaltenden und fördernden Infrastruktur im Zeitalter des Internets gehört der ungehinderte Zugang zur Breitbandkommunikation. Die Breitband-Infrastruktur ist der Schlüssel für die weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Räume in der Informationsgesellschaft.

Wir sind stolz darauf, das Breitbandprogramm der Bayerischen Staatsregierung im Koalitionsvertrag 2008 angeschoben zu haben. Die erheblichen Finanzierungszuschüsse haben viele Kommunen in Bayern in die Lage versetzt, vor Ort den Breitbandausbau voranzutreiben.

Die von den Bürgern benötigte und technisch machbare Übertragungsgeschwindigkeit verdoppelt sich etwa alle 18 Monate. Deshalb fordert die bayerische FDP, die flächendeckende Weiterentwicklung der Telekommunikationsnetze ständig voran zu treiben. Dies erfordert dauerhaft erhebliche Investitionen.

### Dürfen Liberale den Breitbandausbau subventionieren?

Keine Frage, die Breitbandversorgung ist von großer Bedeutung gerade in den ländlichen Regionen. Aber muss nicht dem Wettbewerb Vorrang vor öffentlichen Subventionen eingeräumt werden? Richtig und das geschieht auch. Zugleich ist die Breitbandversorgung nicht überall durch Wettbewerb gesichert und häufig auch historisch bedingt. Der entscheidende Wettbewerb passiert bei dem, was über die Netze geht, nicht beim Bau von Netzen. Deshalb ist es aus liberaler Sicht sinnvoll historische Verwerfungen auszugleichen und die ländliche Infrastruktur zu stärken.

## VII. Verbraucherschutz und Ernährung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz betrifft vor allen Dingen die Lebensmittelsicherheit. Diese bezieht sich nicht nur auf aktuelle Gefährdungen, sondern im Rahmen der Vorsorge auch auf die Zukunft. Die Lebensmittelsicherheit umfasst auch den verantwortungsvollen Umgang mit Umwelt und Natur. Die Kommunen sind für den Vollzug der Lebensmittelüberwachung in den jeweiligen Lebensmittel- und Veterinärämtern verantwortlich.

Die Qualität der in Bayern erzeugten Lebensmittel ist hoch. Dies gilt für ökologisch und für konventionell erzeugte Produkte. Trotz insgesamt hoher Lebensmittelqualität im Freistaat, haben immer wieder Skandale die Öffentlichkeit erschüttert und die Verbraucher verunsichert.

Die Liberalen wollen:

- regionale Initiativen unterstützen, wie z.B. durch das Gütesiegel „original regional“
- eine regelmäßige Zuverlässigkeitsprüfung für Fleischhändler einführen,
- sich auf Bundesebene für einen regelmäßig zu erneuernden Sachkundenachweis für Lebensmittelhändler einsetzen,
- die Vernetzung der für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Behörden in Bayern ausbauen und das einheitliche EDV-gestützte Informationssystem für den gesundheitlichen Verbraucherschutz in Betrieb nehmen,
- das bereits eingerichtete Fachinformationssystem Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (FIS-VL) strikt anwenden und ausbauen.

## **VIII. Vorrang für Mobilität**

### **Gleichwertige Entwicklung von ÖPNV und Individualverkehr**

Im Mittelpunkt liberaler Verkehrspolitik stehen Lebendigkeit der Kommunen, Lebensqualität und der Wunsch der Bürger nach Mobilität. Stadt- und Gemeindeentwicklung, Verkehrssicherheit, Modernität, Umweltschutz und Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der innerstädtischen Geschäfte müssen in Einklang gebracht werden. Dabei gilt es, das Grundbedürfnis der Bürger für persönliche Mobilität auch für den Individualverkehr zu erhalten.

### **Intelligente Technik**

Die FDP fordert intelligente Verkehrsleit- und Parkraum-Nutzungssysteme. Hierdurch wird die Erreichbarkeit der Städte und Zentren erhöht und bringt damit die notwendige Kaufkraft in die Stadtzentren. Ein- und Ausfallstraßen müssen dem Verkehrsfluss gewachsen bleiben. Der Einsatz von intelligenten Verkehrsleitsystemen hält den Verkehr fließend und nützt die vorhandenen Kapazitäten besser aus. Die Systeme können Baumaßnahmen vermeiden oder zumindest verzögern.

Aus Sicherheitsgründen ist in der näheren Umgebung von Kindergärten, Schulen, Altersheimen und vergleichbaren Einrichtungen stets ein Tempolimit von 30 km/h zu prüfen.

Verkehrskontrollen sind zur Sicherheit aller notwendig. Deren Notwendigkeit soll sich aber ausschließlich auf die Sicherheit der Bürger beziehen und nicht zur Deckung von finanziellen Defiziten der Kommunen durchgeführt werden.

### **Lärm zurückdrängen**

Den Lärm, der von den Hauptstraßen ausgeht, wollen wir Liberale mit wirksamen Mitteln zurückdrängen. Die Verwendung von Flüsterasphalt, Schallschutzwänden und Geschwindigkeitskontrollen sind hierfür die geeigneten Instrumente.

### **ÖPNV fördern – Mobilität sichern**

Die FDP will den ÖPNV konsequent fördern. Aber auch öffentliche Verkehrsleistungen müssen Wettbewerbskriterien unterworfen werden und weitestgehend nach wirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten. Der ÖPNV muss kundenorientiert arbeiten.

Damit der ÖPNV optimal und flexibel die an ihn gestellten Aufgaben erfüllen kann, müssen folgende Bedingungen angestrebt werden:

- Arbeits-, Einkaufs-, Behörden- und Schulzeiten müssen stärker entzerrt werden.
- Öffentliche Parkräume müssen so gestaltet sein, dass eine zweckfremde Dauernutzung nicht möglich wird.
- Die Verkehrssysteme, die zur Regelung des Pendler-Berufsverkehrs herangezogen werden, müssen vorrangig vor allen anderen Verkehrsmitteln gefördert werden.

- Es müssen vorhandene Systeme ständig überprüft werden und durch notwendige Erprobungen auf den aktuellen Stand gebracht werden.
- Gebiete am Stadtrand müssen bestmöglich angebunden werden.
- Der Einsatz kleinerer Transportmittel ist bei festen Fahrplänen oftmals kostengünstiger und ermöglicht damit auch eine dichtere Taktfolge.
- Eine Optimierung der Fahrwege sorgt nicht nur für Geschwindigkeitsgewinne. Durch den schnelleren Umlauf können auch Fahrzeuge und Personal reduziert werden.
- Aufgelassene Bahntrassen, bei denen in der Zwischenzeit eine größere Nachfrageentwicklung zu vermuten ist, im Hinblick auf Wiederinbetriebnahme überprüfen und hierfür transparente Bedingungen formulieren, die auch einen zeitlich begrenzten Probebetrieb einschließen sollen. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) soll hierbei den Kommunen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Der ÖPNV kann ohne die finanzielle Unterstützung durch die Kommunen nicht betrieben werden. Die Beteiligungen an Verkehrsbetrieben und Nahverkehrsstrecken der Bahn müssen einer ständigen Überprüfung unterliegen, insbesondere sind die Folgekosten im Auge zu behalten. Um Wettbewerb zu organisieren, sollen die Kommunen die Fahrleistungen öffentlich ausschreiben.

## IX. Schule und Weiterbildung

### Finanzielle Ausstattung und Wettbewerb

Ziel liberaler Bildungspolitik, auf allen politischen Ebenen, ist die Bereitstellung bestmöglicher frühkindlicher und schulischer Bildungseinrichtungen. Dazu gehört eine ausreichende personelle und materielle Ausstattung. Die Liberalen fordern die Staatsregierung daher auf, den Kommunen, insbesondere bei Strukturveränderungen im Schulwesen die erforderlichen Mittel kontinuierlich zur Verfügung zu stellen (Konnexitätsprinzip). Bei Schulsanierungen und -neubauten ist die Planung auf aktuelle und zukünftige Anforderungen, wie z.B. Ganztageschulen, auszurichten.

Die FDP will das Kooperationsverbot im Schulbereich abschaffen. Dass Bund und Länder Bildungsaufgaben nicht gemeinsam finanzieren dürfen, schadet dem Bildungsstandort Deutschland. Ein weiteres Bund-Länder-Programm zum Ausbau von Ganztagschulen und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist dringend erforderlich, scheitert aber bislang an rechtlichen Vorschriften. Eine Zentralisierung der Bildungspolitik und eine Schwächung der Länderkompetenzen im Bildungsbereich lehnt die FDP Bayern jedoch ab. Bildung muss Ländersache bleiben.

### Eigenverantwortliche Schule

Liberaler setzen sich für eigenständige Schulprofile (Eigenverantwortliche Schule) und mehr Wettbewerb unter den Schulen ein. Dies spiegelt sich auch in der Vielfalt der Schulträgerschaft wider. Schulen in kommunaler und privater Trägerschaft müssen bei der Finanzierung staatlichen Schulen gleichgestellt werden.

Schüler und Eltern müssen ihre Schule frei wählen können. Die FDP setzt sich daher generell für die Abschaffung der Sprengelregelung ein.

Die FDP will, dass Schulstrukturen sich den lokalen Gegebenheiten anpassen können. Gerade in Bayern mit städtischen wie ländlichen Regionen müssen Schularten flexibel nach Bedarf umgesetzt werden können.

#### Digitale Schule?

Keine Frage, die Digitalisierung nicht nur der Arbeitswelt, sondern auch aller Lebensbereiche, schreitet voran. Wie viel Computer braucht eine Schulausbildung?

Vorrangige Aufgabe der Schule ist und bleibt es, dass Kinder Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. IT ist dabei kein Spielzeug, kein Ersatz und schon gar nicht Selbstzweck. Aber sehr wohl kann der Einsatz von Computern den Unterricht unterstützen und bereichern.

Natürlich soll der Umgang mit Computern auch medienpädagogische Ziele ermöglichen und auf die Arbeitswelt vorbereiten.

Die erheblichen Investitionen in Schul-IT müssen sorgfältig geplant werden. Ohne pädagogisches Konzept ist der Kauf von Rechnern nicht sinnvoll. Da die Kommune den Sachaufwand trägt, nicht aber die Pädagogik verantwortet, müssen sich Kommune und Schule intensiv beraten. Am Ende der Diskussion muss ein Schulprofil stehen, das die pädagogischen und technischen Leitlinien zusammenführt.

## **Frühkindliche Bildung**

Im Kindesalter werden entscheidende Weichen gestellt. Durch frühkindliche Bildung und angemessene Kinderbetreuung will die FDP optimale Chancen für die Jüngsten in unserer Gesellschaft schaffen. Jeder Mensch soll unabhängig von seiner Herkunft von Anfang an gleichermaßen und bestmöglich gefördert werden.

Die FDP will, dass Familie und Beruf für beide Elternteile vereinbar ist. Eltern-Kind-Initiativen sind gleichrangig wie Betreuungseinrichtungen der Kommune und anderen Trägern zu unterstützen. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen müssen sich an den Bedürfnissen der Familien orientieren und nicht an unflexiblen Buchungszeiten. Die Kinderbetreuung ist deshalb verlässlich und nachfrageorientiert zu gestalten, auch in Ferienzeiten.

Die frühkindliche Bildung überfordert die Kinder nicht. Sie werden nur nicht mehr unterfordert. Die FDP will entsprechende Angebote schaffen und ausbauen. Weiterhin ist eine regelmäßige pädagogische Weiterbildung des Personals sicher zu stellen.

Kindergarten und Grundschule sind stärker zu verzahnen.

## **Ganztageschulen**

Die Ganztageschule bietet den Schülern einen „Lebensraum Schule“ mit rhythmisiertem Unterricht, mit Anspannungs- und Entspannungsphasen. Die FDP setzt sich für einen flächendeckenden Ausbau von Ganztageschulen mit pädagogischem Konzept für alle Schultypen ein. Bis es eine bedarfsorientierte und flächendeckende Versorgung mit Ganztageschulen an allen Schularten gibt, muss über die Unterrichtszeit hinaus in Form von Ganztageschulen, Tagesheimen, Horten oder in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Jugendhilfe überall dort, wo es gewünscht und gebraucht wird, qualifizierte Betreuung angeboten werden. Besonders muss eine „verlässliche Grundschule“ sichergestellt werden, die durch den Freistaat zu finanzieren ist. Neben Lehrkräften sollen Sozialpädagogen und außerschulische Betreuer zur Verfügung stehen. Die Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Musikschulen und Initiativen der außerschulischen Jugendarbeit bereichert die Schule und muss gefördert werden. Dies ist auch Aufgabe der Kommune. Hierfür gilt es, ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die veränderte Jugendkultur verlangt eine Intensivierung und auch eine Veränderung der offenen und mobilen Jugendsozialarbeit. Eine Zusammenarbeit mit der Schule ist unerlässlich. Wir fordern, diese Jugendsozialarbeit in und außerhalb der Schule bedarfsgerecht zu entwickeln.“

## **Inklusion**

Liberaler sehen Inklusion als eine Möglichkeit, für Menschen mit Behinderung ein Stück mehr Freiheit und Selbstverantwortung zu erlangen. Nicht mehr die Rundum-Versorgung allein steht im Vordergrund, sondern – da, wo möglich – die selbstverständliche Einbindung von Menschen mit Behinderung in unser gesellschaftliches Leben, sowie die Verbesserung der Möglichkeiten, im ersten Arbeitsmarkt eine Anstellung zu finden, oder für Kinder mit Behinderung, die Regelschule besuchen zu können.

Die Zahl der sogenannten Profilschulen „Inklusion“ muss erhöht werden. Förderschulen sollen erhalten bleiben und zu pädagogischen Kompetenzzentren weiterentwickelt werden, um Kindern mit und ohne Behinderung ein gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Die Eltern sollen über den bestmöglichen Förderort ihrer Kinder frei entscheiden und durch eine qualitativ hochwertige Beratung in ihrer Entscheidung unterstützt werden.

## Mehrsprachigkeit fördern

Angesichts der zunehmenden Globalisierung sollten mehrsprachige Erziehung im Kindergarten und Grundschule durchgängig verstärkt werden und Methoden wie das Immersionslernen flächendeckend angeboten werden.

Im Kindergarten Immersionslernen heißt: eine Erziehungskraft spricht deutsch, die andere ausschließlich die neue Sprache. In der Schule heißt Immersionslernen, dass der Unterricht in den Sachfächern in der neuen Sprache stattfindet. Typischerweise wechselt das jährlich von Fach zu Fach, so dass die Schüler/innen die Fachbegriffe in beiden Sprachen lernen.

Immersionen lernen unterscheidet sich grundlegend vom herkömmlichen Fremdsprachenunterricht, dem so genannten lehrgangsorientiertem Unterricht. Die Kinder erschließen sich die neue Sprache selbst aus dem Zusammenhang, in dem sie gebraucht wird. Die Kinder werden dabei nicht überfordert. Die Fähigkeit, mehr als eine Sprache zu erwerben, beruht auf einer natürlichen Begabung von Kindern.

### **Bewegungskindergarten. Bewegte Schule.**

Es ist bekannt: Die Kinder haben zu wenig Möglichkeit sich zu bewegen. Die wachsende Zahl von Aufmerksamkeitsdefiziten und Hyperaktivität (ADS und ADHS) sowie Übergewicht sind ein alarmierendes Signal. Leider hat die Schule daran Mitschuld. Schule ist geradezu eine Einrichtung zur Verhinderung von Bewegung, die für Kinder essentiell ist.

Die FDP unterstützt daher Bestrebungen Kindergarten und Schule wieder zu einem „bewegten Ort“ zu machen. Das fängt mit Kleinigkeiten an, etwa dass nicht der Lehrer Unterlagen austeilte, sondern sich die Kinder diese abholen. Die Lehrkräfte müssen ergänzend geschult werden, die Einrichtung bewegungsorientierter werden und erfolgreiche Konzepte wie der „Bewegungskindergarten“ und die „Bewegte Schule“ zum breiten Einsatz kommen.

## X. Öffentliche Sicherheit – Grundlagen für Lebensqualität in den Städten

Eine liberale Bürgergesellschaft braucht Freiheit zur Entfaltung, ebenso aber auch konsequenten Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Für uns Liberale geht es dabei immer darum, die ausgewogene Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention, effektiver Strafverfolgung und der Gewährleistung von Freiheitsrechten zu ermöglichen. Die FDP wirbt für einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol, wir sprechen uns aber gegen eine Bevormundung der Bürger aus. Wir lehnen Alkoholverkaufsverbote sowie Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen ab. Verbote lösen keine Probleme, sondern verlagern diese nur. Daher fordern wir auch eine Abkehr von jeglichen Bestrebungen, Sperrstunden einzuführen. Bereits existierende Sperrstunden sind abzuschaffen. Wir fordern zudem die Kommunen auf, sich beim Freistaat für eine Abschaffung des Tanzverbots an den sogenannten „stillen Tagen“ einzusetzen.

### Vorrang für Prävention

Am wichtigsten ist aus der Sicht der Liberalen eine langfristig angelegte Sozial- und Präventionsarbeit. Die Kommunen müssen personell und sachlich in die Lage versetzt werden, der zunehmenden Gewaltbereitschaft Jugendlicher durch geeignete Einrichtungen und Projekte dauerhaft entgegenzuwirken. Statt in kurzatmigen Aktionismus, z.B. Parteienverbote, zu flüchten, sollten der Bund und der Freistaat Bayern die Kommunen bei wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der wachsenden Gewaltbereitschaft unterstützen.

Kommunen und der Freistaat müssen sich dazu viel besser koordinieren. Durch die getrennten Verantwortlichkeiten im Sozial-, Bildungs- und Polizeibereich sind erhebliche Reibungsverluste und Lücken entstanden. Beispielsweise sind Erzieher an Schulen nach Auffassung des Freistaats dem Sozialbereich zugeordnet und damit Sache der Kommunen, während diese Erzieher als Teil der Schulpädagogik betrachten, womit der Kostenträger das Land wäre. Am Ende bewegt sich zu wenig.

Weit im Vorfeld müssen die Kommunen der Entwicklung von sozialen Brennpunkten z.B. durch die Förderung von Nachbarschaftshilfen und von Einrichtungen der Gemeinwesen- und Jugendarbeit entgegenwirken und versuchen, schon mit dem Mittel der Bauleitplanung der Entstehung solcher Konfliktsituationen und gefährlicher Örtlichkeiten vorzubeugen. Liberale treten dafür ein, dass die Städte und

Gemeinden in gegenseitiger Unterstützung mit der Polizei dazu kreative Präventionskonzepte entwickeln, welche die möglichen Opfer, Täter sowie Situationen betrachten.

## **Präsenz statt Wegsehen**

Wir wollen weg von der „Unkultur des Wegsehens“ und eine „Kultur des Hinsehens und des Bemerkens“, eine Kultur der „mitmenschlichen Zuwendung“ bewirken. Viel zu lange hat es unsere Gesellschaft geduldet, dass Minderheiten missachtet wurden und sich links- und rechtsradikale Gewalt etablieren konnte.

Liberaler treten dafür ein, dass die finanzielle Unterstützung von örtlichen Initiativen Priorität hat und die bayerische Staatsregierung ihren Verpflichtungen nachkommt.

Verstärkte Polizeipräsenz auf den Straßen, in den Innenstädten, in den Wohnvierteln und die bessere Ausstattung der Polizei ist den Liberalen ein Anliegen. Uniformierte Beamte sollen mehr als bisher präsent und ansprechbar sein. Private Sicherheitsdienste als Ersatz für die Polizei lehnen wir ab.

Eine Videoüberwachung akzeptieren wir nur an bestimmten Brennpunkten wie U-Bahnhöfen oder stark frequentierten öffentlichen Plätzen. Die Überwachung muss deutlich sichtbar kenntlich gemacht sein, die Aufzeichnung darf nur wenige Stunden erfolgen und es braucht ausreichend Polizisten zur Beobachtung der Aufzeichnung.

Wir wollen einen konsequenten Vollzug der bestehenden ausreichenden Sicherheitsgesetze durch eine personell gut aufgestellte und bestens ausgerüstete Polizei, anstatt immer neuer Verbotsgesetze, die nicht vollziehbar sind und nur rechtstreuere Bürger in ihrer Freiheit beschneiden, die innere Sicherheit aber nicht erhöhen.

## **Zivil- und Katastrophenschutz ausbauen**

Sicherheit in Kommunen hat für Liberale einen hohen Stellenwert. Sie ist für uns Voraussetzung für die Stabilität unseres Gemeinwesens. Sicherheit bedeutet auch schnelle Hilfe und Schutz vor Gefahren und Katastrophen.

Damit in Katastrophenfällen schnell und effektiv Hilfe geleistet werden kann, setzen wir uns für eine verbesserte sachliche Ausstattung der Feuerwehren- und Rettungsdienste vor Ort ein.

# **XI. Kultur leben**

Familie, Sprache, Religion, Recht, Ethik, Musik, Kunst, Philosophie, Wissenschaft und Technik sind die Facetten unseres mitteleuropäischen Kulturkreises. Wir wollen, dass in den Kommunen Kultur in ihrer ganzen Vielfalt gelebt wird.

Tradition und Brauchtum sind ein wichtiger Faktor Kultur einzuordnen. Kultur darf heute jedoch nicht mehr nur dem Althergebrachten dienen; vielmehr müssen die modernen und verbindenden Elemente gefördert und gelebt werden. Moderne Kommunikationsmittel, wie Fernsehen und Internet, sowie die raschen Fortbewegungsmöglichkeiten haben das Kulturspektrum deutlich verändert und vergrößert. Der dadurch gegebene veränderte Anspruch, verstärkt durch das Zusammenrücken der Städte mit dem Umland, soll eine Kultur, die, ohne den Anspruch auf Offenheit und Bildung zu verlieren, Freude macht. Ausschließliches passives Konsumieren von Kulturveranstaltungen kann diesem Anspruch nicht genügen. Kulturverständnis kann vielmehr nur dann gefördert werden, wenn dem Einzelnen die Möglichkeit gegeben wird, sich selbst einzubringen.

## **Kultur lebt von Vielfalt und vom Mitmachen**

Vereine sind ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in unseren Gemeinden. Freie und öffentliche Kultur- und Bildungsinstitute wie auch Vereinigungen und Gruppen, in denen Bürger in ihrer Freizeit als Ehrenamtliche tätig sind, müssen gefördert und unterstützt werden. Vor allem aber müssen die Kommunen die Rahmenbedingungen schaffen, unter denen sie sich möglichst frei und unabhängig weiterentwickeln können. Hierzu wollen wir Initiativen zur Gründung von sogenannten „Ehrenamtsbörsen“



unterstützen, die Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich bei einer Organisation, bei der Gemeinde oder im Landratsamt über Mitmach-Möglichkeiten zu informieren.

Die Kultur unserer ausländischen Mitbürger muss noch besser in das Gemeindeleben eingebunden werden. Der Austausch untereinander, wie z.B. bei internationalen Straßenfesten, muss ausgebaut werden, um hier lebende Ausländer mit der einheimischen Bevölkerung zusammenzubringen und ein Miteinander zu fördern. Institutionen wie Ausländerbeiräte wollen wir unterstützen.

Neben renommierten Kulturinstitutionen wollen wir auch junge, experimentelle Kunst und Kleinkunst fördern. Öffentliche Mittel dürfen aber nur fließen, wenn keine Aussicht auf private Finanzierung besteht. Kultur muss den Weg zu den Bürgern suchen. Deshalb müssen sich die Öffnungszeiten von Museen und anderen öffentlichen Kultureinrichtungen an den Freizeitmöglichkeiten der Bürger orientieren und nicht an den gewohnten Zeitplänen der Verwaltung.

## **Jugend und Kultur**

Individuelle Mitgestaltung macht Kunst begreifbar. Daher setzen wir uns für die besondere Pflege und die Einbindung der Jugend an kulturellen Betätigungen ein. Nur, wenn Möglichkeiten gegeben werden, selbst etwas zu schaffen, Techniken auszuprobieren, etwas nach Belieben zu gestalten, dem eigenen Empfinden eine Gestalt zu verpassen, kann der jungen Generation der Weg zu kulturellem Engagement geebnet werden. Jugend lehnt jede Form von Zwang ab – daher scheitern viele Konzepte zur Einbindung der Jugend an kulturelle Betätigungen häufig an den festgelegten Vorstellungen der Kulturarbeit. Wir fordern nicht, sondern wir fördern Kultur als bewusst gelebte Freizeit und haben Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit junger Menschen.

Auch die Nutzung des neuen Mediums Internet spielt hierbei eine zentrale Rolle.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kulturarbeit im Medienbereich ausgebaut wird, zum Beispiel durch Herstellung von Netzwerken zwischen Schulen, Kindergärten, Büchereien und Archiven etc.

Unser besonderes Augenmerk gilt auch den Schulen und Kindergärten, wo wir dafür einstehen, die Unterstützung der Förderung musischer oder künstlerischer Erziehung zu gewähren. Um die Zukunft kulturellen Lebens in der Gemeinde zu sichern, legen wir besonderes Gewicht auf die musisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen und treten weiterhin für die Förderung von Musikschulen ein. Durch die FDP im Bundestag konnte bereits für private Musikschulen ein erhöhter Mehrwertsteuersatz abgewendet werden, die für viele Institute das Aus bedeutet hätte.

## **Kultur- und Kreativwirtschaft**

Wichtige Bereiche kulturellen Lebens, wie Literatur, Bildende Kunst, Film und andere erreichen über die Kultur- und Kreativwirtschaft oft einen großen Bevölkerungsanteil. Sie schaffen vielfältige Grundlagen, die für die Entwicklung vieler kulturwirtschaftlicher Segmente von großer Bedeutung sind. So ist die Vernetzung hier von überdurchschnittlich hoher und kaum zu überschätzender Tragweite.

### **Kultur ist auch Wirtschaftsfaktor**

Seit 2009 gibt es eine abgestimmte bundeseinheitliche Definition der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie ihrer elf Teilmärkte: Werbe-, Rundfunkwirtschaft, Games-Industrie, Designwirtschaft, Markt für darstellende Künste, Architektur-, Buchmarkt, Filmwirtschaft, Presse-, Kunstmarkt und Musikwirtschaft. Der Umsatz dieser Märkte lag im Jahr 2010 bei rund 134 Mrd. Euro, die in etwa 240.000 Unternehmen von rund einer Million Erwerbstätigen erwirtschaftet wurden.

Darüber hinaus ist Kultur als weicher Standortfaktor für die Ansiedelung von Unternehmen und vor allem für die Gewinnung von Fachkräften hoch einzuschätzen.

Wir unterstützen den öffentlichen Auftrag der Kulturpolitik, den Künsten geeignete Rahmenbedingungen und Freiräume zu schaffen und wissen, dass dieser Auftrag noch viel weiter reicht, denn diese Branche hat für unsere Volkswirtschaft eine grundlegende Bedeutung: Kreative Leistungen bringen sehr stark wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen voran und sind für die wirtschaftliche Entwicklung grundlegende Kompetenz und Basis für Innovationen.

Synergieeffekte ergeben sich auch insbesondere für Tourismus und Naherholung, die für Stadt und Land gleichermaßen große Gewerbesteuer-Quellen sind. Daher ist unser Bestreben, in den kommunalen Gremien Kultur- und Kreativwirtschaft fördernde Entscheidungen zu treffen.

## Denkmalpflege

Wir wollen unsere Denkmäler schützen und pflegen.  
Außerhalb des Sichtbereichs wollen wir Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden zulassen.

## Bodendenkmäler

Der reine Verdachtsfall für Bodendenkmäler legitimiert den Staat nicht zur Einschränkung des Eigentums.  
Generell sollten die Kosten der Ausgrabungen vom Staat und nicht vom Grundstückseigentümer übernommen werden.

## XII. Solide Finanzen: das umfassende Reformkonzept der FDP

Die FDP will eine neue kommunale Finanzverfassung schaffen und erreichen, dass sich die Städte und Gemeinden wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

In den letzten Jahren haben immer mehr Kommunen zur Behebung finanzieller Engpässe die Gewerbesteuer-Hebesätze teils kräftig angehoben. Nachbarländer werben in grenznahen Regionen gezielt Unternehmen ab. Um diese sogenannte „schleichende Deindustrialisierung“ zu vermeiden, ist eine maßvolle Steuer- und Abgabepolitik der Kommunen von existenzieller Bedeutung für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger.

### Schluss mit der Schuldenpolitik

Ziel der bayerischen FDP ist die vollständige Entschuldung der kommunalen Haushalte. Was der Koalition beim Freistaat schon gelungen ist, muss jetzt auch bei den Kommunen angepackt werden. Dieses ehrgeizige Ziel ist aber nur überall zu erreichen, wenn die Kommunen wieder einen deutlich größeren Handlungsspielraum und mehr Entscheidungsfreiheit erhalten. Zu häufig haben Bund und Land Kosten auf die Kommunen abgewälzt.

Die bayerische FDP fordert daher:

- Hebesatzrecht auf Einkommens- und Körperschaftssteuer für die Gemeinden.
- Hebesatzrecht anstelle des Umlageverfahrens für Landkreise, kreisfreie Städte und Bezirke
- die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips in Bayern.
- die Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz.
- Privatisierungserlöse zur Schuldentilgung nutzen.
- die ortsbezogene Festsetzung des Arbeitslosengeldes II und anderer sozialer Kosten im Rahmen einer vorgegebenen Bandbreite.
- die Entscheidungsfreiheit für die Kommunen wie z.B. die Versorgung mit Krankenhäusern oder Sparkassen zu realisieren ist.
- die Konzentration auf die Pflichtaufgaben.
- die Reform des kommunalen Finanzausgleichs. Das jetzige komplizierte und aufwändige System ist aufgrund seiner Intransparenz und der notwendigen jährlichen Verhandlungen nicht zukunftsfähig. Stattdessen ist den Kommunen ein fester prozentualer Anteil an den Steuereinnahmen des Freistaats über den kommunalen Finanzausgleich weiterzugeben.

Die Verwaltungshaushalte sind so zu sanieren, dass ein laufender Überschuss erwirtschaftet wird, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Dabei erfolgt die Sanierung der Verwaltungshaushalte grundsätzlich auf der Ausgabenseite.

Privatisierungserlöse kommunaler Leistungen und kommunaler Unternehmen dürfen nicht zum Haushaltsausgleich verwendet werden.

Die Erlöse aus Privatisierungen fließen zunächst ausschließlich in die Tilgung der bestehenden Schulden. In der mittelfristigen Finanzplanung sollen die erwarteten Erlöse aus Privatisierungen den bestehenden Schulden gegenübergestellt werden. Reichen die voraussichtlichen Privatisierungserlöse nicht aus, um sämtliche Schulden zu tilgen, müssen im Verwaltungshaushalt weitere Einsparungen erreicht werden.

Ergeben sich Privatisierungserlöse, die über die bestehende Verschuldung hinausreichen, wird ein Fonds zur Bedienung künftiger Beamtenpensionen gebildet.

Die Umstellung der kommunalen Rechnungslegung von der Kameralistik zur kaufmännischen Buchhaltung (Doppik) auf Grundlage internationaler Standards (IPSAS) ist zügig zu verwirklichen. Zudem ist eine Konzernbilanz aufzustellen, falls Aufgaben in Tochterunternehmen oder Zweckverbände ausgegliedert sind. In die Prüfung der kommunalen Haushalte ist eine Feststellung über den Fortschritt der Entschuldung verbunden mit entsprechenden Empfehlungen aufzunehmen.

## Neue kommunale Finanzverfassung als „Zwei-Säulen“-Modell

Damit die Kommunen finanziell stabiler werden, muss ihre Finanzverfassung verbessert werden. Die konjunkturanfällige Gewerbesteuer muss ersetzt werden. Für die Unternehmen sind vor allem die Komponenten der Substanzbesteuerung wie z.B. die Besteuerung von Finanzierungskosten, Leasingkosten und Mietkosten, eine existenzgefährdende Besteuerung, weil sie auch dann zu zahlen sind, wenn das Unternehmen Verluste schreibt. Gleiches gilt auch für die Vermögenssteuer.

Das neue Modell sieht als erste Säule einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer (statt 2,2 %, neu: 11,5 %) vor. Damit erhalten die Gemeinden eine gute und verlässliche Einnahmequelle. Der gemeindliche Umsatzsteueranteil soll sich nach der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in der jeweiligen Gemeinde orientieren. Das Band zwischen Wirtschaft und Gemeinde wird dadurch nachhaltig gestärkt.

Die zweite Säule ist die neue Kommunalsteuer als Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftssteuer (zwischen 0 und 4 %, ähnlich der Kirchensteuer). Statt eines pauschalierten Anteils (derzeit 15 %), erhalten die Gemeinden ein eigenes Hebesatzrecht. Gleichzeitig wird die Einkommenssteuer um den bisher pauschalierten Anteil gesenkt, so dass im Ganzen keine zusätzlichen Belastungen für die Steuerzahler entstehen.

<b>Arbeitnehmer</b>	Heute	FDP-Konzept
Arbeitnehmer	Lohnsteuer	Lohnsteuer
Personengesellschaften und Einzelselbständige <small>z.B. Handwerker</small>	Einkommenssteuer Gewerbesteuer	Umst Einkommenssteuer Aufschlag
Kapitalgesellschaften <small>z.B. GmbH, AG</small>	Körperschaftssteuer Gewerbesteuer	Umst Körperschaftssteuer Aufschlag

Statt der komplizierten Gewerbesteuer können die Kommunen einfach einen Aufschlag, dem sogenannten Hebesatz, auf die jeweilige Steuer erheben. Die Höhe des Aufschlags legt die Kommune selber fest. Vorteil: Die verwaltungsaufwendige Gewerbesteuer ist als Steuerart abgeschafft. Die Einnahmen können die Kommunen über den Aufschlag ausgleichen. Schon heute erhalten die Kommunen einen festen Anteil. Der wird in den flexiblen Hebesatz umgewandelt.

Im Wesentlichen ändert sich also die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer. Bislang erfolgt die Berechnung in einem gesonderten, komplizierten und kostenintensiven Steuerungsverfahren. Anstelle von diesem Verfahren wird einfach die Berechnung der sowieso vorhandenen Einkommens- bzw. Körperschaftssteuerberechnung zugrunde gelegt.

Zusätzlich wird der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer (umgangssprachlich Mehrwertsteuer genannt) zu Lasten des Bundes erhöht.

Die Städte und Gemeinden legen die Höhe des Zuschlags selber fest. Die Bürger erfahren dann über ihren Steuerbescheid die Höhe der Kommunalsteuer. Sie wissen damit, wie gut ihre Gemeinde mit ihren Steuern umgeht. Das schafft Transparenz und mehr Anreiz zum sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

Auch die Finanzierung der Kreise und Bezirke soll durch ein eigenes Hebesatzrecht erfolgen und das bestehende Umlageverfahren ersetzen. Der kommunale Hebesatz für die Körperschaftssteuer soll jeweils für Betriebsstätten von Unternehmen in einer Kommune gelten.

Sollte die neue kommunale Finanzverfassung zu einseitigen Belastungen der Städte, insbesondere der Städte in Ballungsräumen führen, muss der Finanzausgleich entsprechend geändert werden, um die Städte bei den Zentralaufgaben zu entlasten.

### **Wer bestellt, muss auch bezahlen**

Ein wichtiger Ausweg aus der Finanzmisere besteht darin, das Konnexitätsprinzip im Grundgesetz zu verankern. Das bedeutet nichts anderes als: „wer bestellt, muss auch bezahlen“. Bund und Länder dürfen demnach keine Gesetze erlassen, die die Gemeinden zu Ausgaben verpflichten, wenn sie den Kommunen dafür kein Geld zur Verfügung stellen. Der Gesetzgeber hat in strittigen Fällen die Beweislast zu tragen, ob die Finanzierung für die Übernahme der Aufgabe ausreicht.

### **Sparsamkeit als Kommunalpolitikerpflicht**

Die FDP wird sich gegen Ausgaben wehren, deren Notwendigkeit nicht zwingend belegt wird. Z.B. überzogene Erschließungsmaßnahmen sind zu unterbinden; Transparenz im Entscheidungsprozess und bei der Kostenermittlung ist dringend erforderlich.

Die FDP tritt dafür ein, dass die Kommunen bei Erschließungs- und Straßenausbaumaßnahmen verpflichtet werden, die Bürger frühzeitig an solchen Entscheidungen zu beteiligen und ihnen entsprechende Kostenschätzungen vorzulegen. Kostenüberschreitungen gehen zu Lasten der Gemeinden.

Bei allen Investitionsentscheidungen sind auch die Nachfolgekosten darzulegen. Investitionen müssen nach unternehmerischen Kriterien geplant und umgesetzt werden. Bei der Vergabe müssen verstärkt Qualitätskriterien – statt nur dem billigsten Angebot – berücksichtigt werden. Dienstleistungen der Kommunen werden grundsätzlich kostendeckend durchgeführt und angeboten. Mehr oder weniger gut verdeckte Quersubventionierungen von Dienstleistungen sollen unterbleiben.

Auf eine leistungsbezogene Personalpolitik ist zu achten, Beamte sollen nur im eigentlichen Hoheitsbereich eingesetzt werden. Die Haftung und Verantwortlichkeit von kommunalen Entscheidungsträgern muss ähnlich wie in der Privatwirtschaft (Geschäftsführung/Leitende Angestellte) erweitert werden.

### **Keine Bagatellsteuern**

Bagatellsteuern belasten die Bürger und sorgen für mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand. Die möglichen Erlöse für die Gemeinden stehen dazu in keinem Verhältnis. Ein Überbietungswettbewerb bei der Einführung neuer Steuern wie in den rot-grünen Bundesländern, der nur zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger geht, ist mit der FDP nicht zu machen. Wir wollen weder eine Pferde-, Katzen-, Vergnügungs- oder eine Gaststättenerlaubnissteuer in Bayern. Darüber hinaus wollen wir die Zweitwohnungssteuer abschaffen.

Sie haben Fragen?

Schreiben Sie an Ulrich Bode, Vorsitzender der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) in Bayern, Rindermarkt 6, 80331 München, mail@ulrich-bode.de, www.vlk-bayern.de